

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 3/1986 – September

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die kapitalistische Weltwirtschaft befindet sich im vierten Jahr einer konjunkturellen Belebungsphase, die allerdings im historischen Vergleich relativ schwach geblieben ist. 1986 breiten sich nun konjunkturelle Erlahmungstendenzen unübersehbar aus: Das gilt vor allem für die USA, aber auch für Japan. In Westeuropa setzt sich das langsame Wirtschaftswachstum der letzten Jahre fort, wobei Großbritannien einen neuen Schwächeanfall erlebt. Im Gegensatz zur zyklischen Stabilisierung in der kapitalistischen Welt nach dem Ende der Krise von 1980/82 haben sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den meisten Ländern der dritten Welt eher noch vergrößert. Die (geringen) Erfolge der kapitalistischen Industriestaaten gingen voll auf Kosten der Entwicklungsländer.

Sichtbar wird dieser Zusammenhang vor allem beim Inflationsproblem: Die kapitalistischen Industrieländer verzeichnen eine relative Preisstabilität wie zuletzt in den sechziger Jahren, die Inflation scheint vorerst besiegt. Ein wichtiger Grund ist der drastische Verfall der Weltmarktpreise für Rohstoffe, einschließlich der Energierohstoffe. Dieser Preisverfall kostete der dritten Welt allein 1985 etwa 50 Milliarden Dollar. Hinzu kommen mehr als 70 Milliarden Dollar an Zinszahlungen für die auf über eine Billion angeschwollenen Schulden. Gegenüber diesem gewaltigen Ressourcentransfer in die kapitalistische Welt nimmt sich die öffentliche Entwicklungshilfe in Höhe von knapp 30 Milliarden Dollar tatsächlich nur noch wie ein Almosen aus.

In der Bundesrepublik hat sich das Wirtschaftswachstum nach dem Einbruch im ersten Vierteljahr 1986 wieder fortgesetzt. Allerdings ist die Aufschwungdynamik schwach geblieben, so daß die sehr optimistischen Prognosen vom Frühjahr deutlich nach unten korrigiert werden mußten: Bezogen aufs ganze Jahr 1986 wird nun noch eine Zunahme des realen Brutto sozialprodukts um zweieinhalb Prozent erwartet.

Bei stagnierenden Exporten und abgeschwächten Investitionszuwächsen erweist sich gegenwärtig der Konsum als die entscheidende Konjunkturstütze. Die Reallöhne nehmen derzeit kräftig zu – allerdings ohne den Rückgang seit 1980

wettmachen zu können. Entscheidend ist die außenhandelsbedingte Preisstabilität: zur Jahresmitte waren die Importe der Bundesrepublik um mehr als 20 Prozent billiger als in der gleichen Vorjahreszeit. Der gegenwärtig zu verzeichnende Konsumsprung ist also Sonderfaktoren geschuldet, die schon 1987 kaum noch eine Rolle spielen werden.

Trotz der deutlichen Reallohnsteigerung geht der Umverteilungsprozeß zugunsten der Gewinne weiter. Diese steigen etwa doppelt so rasch wie die Löhne. Während sich das Expansionstempo der Produktion in den meisten Branchen verlangsamt und einige wichtige Grundstoffbereiche, der Schiffbau und die Mineralölindustrie wieder mit wachsenden Problemen zu kämpfen haben, verzeichnen die großen Unternehmen, die Großbanken und die Versicherungen außergewöhnliche Profite. Allein die drei Großbanken rechnen für 1986 mit einer Zunahme der Betriebsgewinne um ein Viertel bis ein Drittel.

Glaubt man den Aussagen der Bundesregierung, so hat der Aufschwung inzwischen auch den Arbeitsmarkt erfaßt. Dabei wird vor allem auf die seit Anfang 1984 zu registrierende Zunahme der Beschäftigung verwiesen. Seither habe die Zahl der Arbeitsplätze wieder um etwa 400 000 zugenommen. Damit wäre allerdings der Arbeitsplatzverlust seit 1980 von mehr als 900 000 bei weitem noch nicht ausgeglichen.

Zudem ist darauf zu verweisen, daß diese Beschäftigungszunahme eben gerade nicht das Ergebnis der „Marktautomatik“ oder der konjunkturellen Auftriebskräfte ist: ganz überwiegend ist es gezielten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen zu verdanken.

Die registrierte Arbeitslosigkeit geht in saisonbereinigter Betrachtung seit einiger Zeit leicht zurück, zur Jahresmitte liegen die Arbeitslosenziffern merklich unter dem Vorjahresstand. Bei näherer Betrachtung aber zeigt sich auch hier, daß sowohl die Manipulation der Statistik (§ 105c AFG) als auch die Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen diesen leichten Rückgang vollständig erklären.

Die weiteren Perspektiven für 1986 wer-

den geprägt durch das vergleichsweise hohe Niveau des privaten Verbrauchs einerseits und die Stagnation bzw. den leichten Rückgang der Exporte andererseits. Ein möglicher zyklischer Einbruch wird derzeit durch die Stabilisierung der Massenkaufkraft verhindert – ein neuer Beleg für die entscheidende positive Rolle des Konsums im Konjunkturzyklus. Der Rückgang der Rohölpreise aber führt nicht zu der erhofften Kräftigung der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die damit verbundene Umverteilung zu Lasten der Rohölländer führt ganz überwiegend zu einer weiteren Steigerung der Profite der multinationalen Konzerne. Angesichts weiterhin relativ enger Weltmärkte – wobei die dritte Welt ihre Importe sogar weiter einschränken muß – werden diese zusätzlichen Gewinne aber nicht produktiv investiert, sondern fließen an die Geld- und Kapitalmärkte. Die Diskrepanz zwischen produktiven Investitionen einerseits und parasitären Formen der finanzkapitalistischen Expansion andererseits als wichtiges Merkmal der Krisenperiode seit Mitte der siebziger Jahre wird so eher noch befördert.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Geldvermögen
- 2.3 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuern
- 3.4 Tarifabschlüsse
- 3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft

Im Sommer herrscht in bürgerlichen Kreisen eine regelrechte Euphorie in bezug auf die Perspektiven der kapitalistischen Weltwirtschaft: vom Verfall des Erdölpreises erhofft man sich ein neues Wirtschaftswunder. Aber selbst wenn der Erdölpreis sich für einige Jahre auf dem heutigen Niveau stabilisieren sollte, wird das doch ein frommer Wunsch bleiben.

Der stetige Prozeß der Kapitalakkumulation der fünfziger und sechziger Jahre wurde nicht durch die beiden sogenannten Erdölshocks von 1973 und 1979 unterbrochen, sondern schon 1970 mit dem Auftreten der „Stagflation“, des Zusammenwirkens von Wirtschaftstagnation und hoher Inflation, und der destabilisierenden Wirkung, die die Unkonvertierbarkeit des Dollars in Gold seit August 1971 auf die Weltwirtschaft hatte, gestört.

Wie fehlerhaft die Hypothese der bürgerlichen Ökonomen ist, läßt sich aber auch anhand einer empirischen Analyse der gegenläufigen Entwicklung der Wirtschaft Japans und Großbritanniens erkennen. Zwischen 1979, dem Jahr des zweiten Ölshocks, und 1985 wurden die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Japans, des größten Erdölimportlandes, viel weitgehender erreicht als in Großbritannien, das seit 1980 ein Nettoexportland von Erdöl ist. Das Bruttosozialprodukt wuchs um jährlich 4,4 Prozent in Japan gegenüber 1,1 Prozent in Großbritannien; die Verbraucherpreise stiegen um 3,6 bzw. 8,9 Prozent im Durchschnitt; die Arbeitslosenquote nahm in Japan von 4 auf 5 Prozent zu, gegenüber einem sprunghaften Anwachsen von 5,6 auf 13,5 Prozent in Großbritannien; die Leistungsbilanz ist in Japan von minus 9 auf plus 49 Milliarden Dollar übergegangen, während sie in Großbritannien im großen und ganzen ausgeglichen blieb (die Erdölbilanz hat sich von einem Passivsaldo von 2 Milliarden 1979 zu einem Aktivsaldo von 13 Milliarden Dollar 1985 entwickelt, während der Fehlbetrag der „Non-oil-Bilanz“ von 5 auf 17 Milliarden geklettert ist). Diese starke Diskrepanz hängt auch mit der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Strategie zusammen: dem verheerenden neoliberalen Kurs der Thatcher-Regierung steht die große Leistungsfähigkeit und Flexibilität des japanischen SMK gegenüber, bei dem die Zusammenarbeit zwischen Großunternehmen, Banken und Staat in der Investitions- und Forschungspolitik sehr hoch entwickelt ist.

Die Senkung des Erdölpreises und des Wechselkurses des Dollars wird den meisten entwickelten kapitalistischen Ländern zugute kommen, jedenfalls was die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Handelsbilanz anbetrifft; aber 1986 soll sich laut OECD-Prognosen das Tempo des Wirtschaftswachstums nur um einen knappen halben Prozent beschleunigen; die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich nicht unter 31 Millionen liegen. Die kritische Lage der Entwicklungsländer insgesamt wird sich nicht entspannen; für die höchstverschuldeten Länder des „Baker-Plans“ wird sogar eine Verschlechterung eintreten: der Verfall des Erdölpreises wird voraussichtlich für die 15 Länder insgesamt zu einer Beeinträchtigung der Handelsbilanz um 30–40 Milliarden Dollar führen.

Reales Bruttosozialprodukt 1984–1986

Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent



IMSF

ren, die in etwa der im Baker-Plan für drei Jahre vorgesehenen Zunahme des Kapitalzuflusses entspricht!

Eine Beschleunigung der Zuwachsraten des BSP wird 1986 real nur für die BRD, Frankreich und Italien erwartet, während sich in Japan die stagnierende Tendenz noch verstärken dürfte (siehe Abbildung).

Der Verlauf der Industrieproduktion entspricht im großen und ganzen der Entwicklung des BSP, auch wenn die Vierteljahresziffern gewisse Schwankungen verzeichnen. Das industrielle Angebot verlangsamt sich stark in Japan, USA und Großbritannien, während die Zuwachsraten für die Bundesrepublik, Frankreich und Italien im zweiten Quartal 1986 höher ausfallen.

Veränderung der Industrieproduktion 1984–1986 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1984	1985 ¹		1986 ¹	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
USA	10,7	2,2	1,2	1,7	1,6
Japan	10,9	4,5	4,7	1,5	1,4
BRD	3,4	5,6	4,6	5,3	1,6
Frankreich	2,7	-0,3	-1,0	1,7	0,5
Großbritannien	0,9	4,8	5,7	5,7	3,7
Italien	3,4	1,4	-0,7	0,7	2,8
Kanada	2,0	4,3	3,6	5,3	6,0

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Das Abflachen der Inflation in den entwickelten kapitalistischen Ländern wird merklich von der Entwicklung der Notierungen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt unterstützt, so daß die Verbraucherpreise Zuwachsraten aufweisen, wie sie zuletzt in den sechziger Jahren registriert wurden. Zwischen 1980 und 1985 sind die Weltmarktpreise für Rohstoffe insgesamt um 7 Prozent jährlich zurückgegangen. In demselben Zeitraum ist der Erdölpreis mit etwa 3 Prozent jährlich in geringerem Maße gesunken, aber im laufenden Jahr ist es zu einem regelrechten Verfall des Erdölpreises gekommen. Da die Exportpreise der Industriegüter zwischen 1980 und 1986 im Durchschnitt leicht gestiegen sind, haben sich die Terms of Trade deutlich zugunsten der entwickelten kapitalistischen Länder und zuungunsten der Entwicklungsländer verschoben.

Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1984–1986 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1984	1985		1986	
		Jahr	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
USA	3,4	3,5	3,3	3,5	3,0
Japan	2,3	2,1	2,1	2,0	1,0
BRD	2,4	2,2	2,2	1,8	0,7
Frankreich	7,4	5,8	5,7	4,8	3,5
Großbritannien	4,7	5,2	5,5	5,1	4,5
Italien	10,6	8,6	8,5	8,6	7,6
Kanada	4,3	3,8	3,9	4,1	4,0

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Auch im vierten Jahr des mäßigen, aber kontinuierlichen Wirtschaftswachstums verharrt die Arbeitslosigkeit für den gesamten OECD-Raum auf dem Niveau von 31 Millionen, was einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent entspricht. Wie aus der Tabelle hervorgeht, war die Zahl der Erwerbslosen im ersten Halbjahr 1986 in den sieben größten kapitalistischen Ländern in etwa ebenso hoch wie im Rezessionsjahr 1982; selbst in den USA geht die Arbeitslosigkeit nicht mehr zurück.

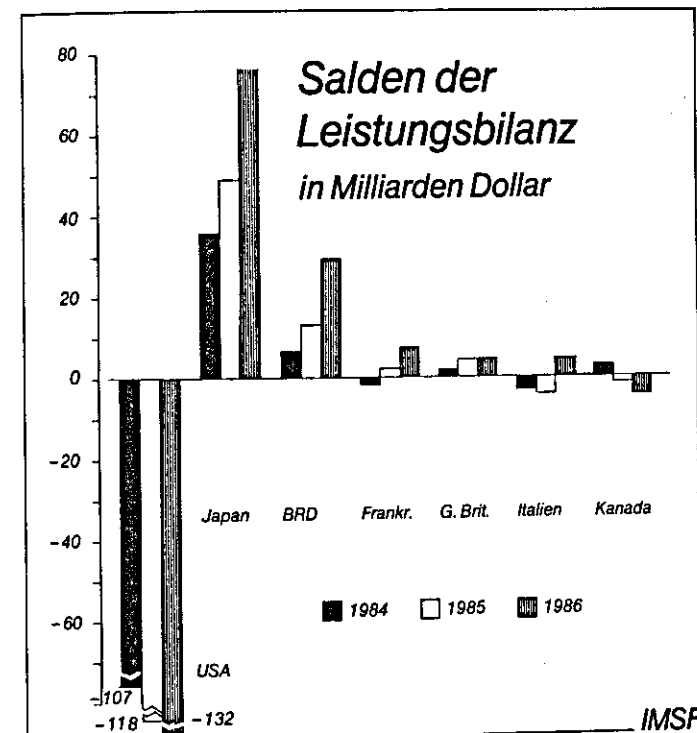
Trotz der Dollarabwertung verbessert sich die Leistungsbilanz der USA nicht: sie dürfte 1986 vielmehr einen Fehlbetrag von 132 Milliarden Dollar erreichen. Die Überschüsse der zwei Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, BRD und Japan, werden sich erheblich vergrößern, während sich auch die Leistungsbilanz Frankreichs und Italiens dank des Verfalls des Erdölpreises deutlich verbessern

Arbeitslosigkeit 1982–1986 in 1000 in den größten kapitalistischen Ländern

	1982	1983	1984	1985 ¹		1986 ¹
				1. Hj.	2. Hj.	
USA	10678	10717	8531	8421	8210	8350
Japan	2800	3100	3250	3000	3200	3300
BRD	1833	2258	2266	2317	2295	2250
Frankreich	2008	2041	2305	2413	2378	2400
Großbritannien	2793	2970	3056	3157	3177	3200
Italien	2068	2278	2451	2401	2542	2700
Kanada	1310	1448	1410	1368	1295	1250
Zusammen	23490	24812	23269	23077	23097	23450

1 Saisonbereinigte Angaben
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

wird (siehe Abbildung). Insgesamt sollte der laufende Saldo der Zahlungsbilanz der OECD-Länder 1986 eine Verbesserung um 50 Milliarden Dollar gegenüber dem Vorjahr aufweisen, was einer etwa gleich hohen Verschlechterung der Leistungsbilanz der OPEC-Länder entspricht.



Auf den Devisenmärkten setzt sich die Abwertung des Dollars fort: seit dem Gipfeltreffen von Ende September 1985 in New York, auf dem Reagan die mißliche Lage der US-Wirtschaft auf internationaler Ebene anerkennen mußte, ist der Dollarkurs innerhalb eines Jahres nicht nur gegenüber den starken Währungen (DM und Yen) um etwa 30 Prozent, sondern auch gegenüber den schwachen Währungen (französischer Franc und italienische Lira) um 20 Prozent gesunken.

Bei einer Prognose der Dollarentwicklung für die nächste Zeit kann uns keine der verschiedenen „Theorien“ weiterhelfen, weil diese weder die zurückliegenden Phase des unaufhaltsamen Aufstiegs des Dollars noch den gegenwärtigen Verfall zu erklären vermögen: die „Theorien“ der Kaufkraftparität, des Leistungsbilanzsaldos und des Zinsgefälles haben sich dabei als untauglich erwiesen.

1.2 Sozialprodukt

Der Wachstumsoptimismus, der insbesondere nach dem Ölpreisverfall am Jahresanfang 1986 fast alle Prognosen bestimmt hatte, war zur Jahresmitte schon verfliegen. Die amtlichen und halbamtlichen Vorausschätzungen wurden erheblich nach unten korrigiert.

Das „Frühjahrgutachten“ der fünf großen bürgerlichen Wirtschaftsforschungsinstitute hatte im April noch eine Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts (BSP) von dreieinhalb Prozent für 1986 angesetzt – die Prognose des daran beteiligten Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung (ebenso des DIW) vom Juli aber geht nur noch von 2,5 Prozent aus.

Prognose für 1986¹

	„Frühjahrs-gutachten“	Ifo-Institut	Ergebnis im 1. Halbjahr 1986
Privater Verbrauch	+4,5	+4,5	+4,5
Staatsverbrauch	+2,0	+2,5	+2,5
Ausrüstungs-investitionen	+8,0	+6,0	+5,5
Bauinvestitionen	+1,0	-0,5	+1,0
Ausfuhr	+3,0	+1,0	0,0
BSP	+3,5	+2,5	+2,5

1 Reale Veränderung in Prozent gegenüber 1985
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 18/86, S. 233; Wirtschaftskonjunktur, 7/86, S. A15)

Vor allem die Zunahme der Ausfuhr war im Frühjahr zu günstig eingeschätzt worden, aber auch das Wachstum der Investitionen wird derzeit etwas skeptischer betrachtet. Die Stütze der Konjunktur bleibt der private Verbrauch – eine Folge der steigenden Kaufkraft der Masseneinkommen. Ohne diese kräftige Verbrauchsausweitung wäre es sicherlich schon im Verlauf dieses Jahres zu einem neuen konjunkturellen Einbruch gekommen.

1.3 Produktion

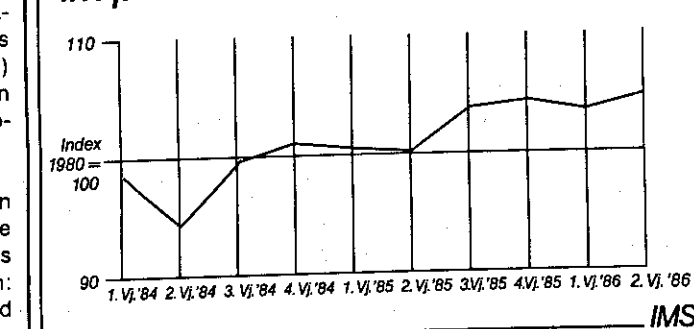
Erwartungsgemäß ist die Erzeugung im produzierenden Gewerbe nach dem Einbruch im ersten Vierteljahr in den folgenden Monaten wieder angestiegen. Der Anstieg erfolgte jedoch nur zögernd, im zweiten Quartal überstieg die Produktion nicht das Niveau vom zweiten Halbjahr 1985.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

	1984				1985				1986	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
	98,6	94,5	99,9	101,3	100,4	102,1	104,4	104,8	103,6	104,7

1 Index 1980 = 100
2 Vorläufige Ziffer
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



Der Vorjahresstand bleibt allerdings insgesamt überschritten, bei erheblichen Schwankungen von Monat zu Monat. Die von der Bundesregierung und ihr nahen Institutionen behauptete kräftige Aufwärtsentwicklung ist jedoch nirgends sichtbar. Die Zunahme der Beschäftigung in der Industrie, auf die mit näher rückendem Wahltermin als Erfolgsbilanz verwiesen wird, ist ganz überwiegend der Arbeitszeitverkürzung und anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zu verdanken.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Januar	Febr.	März	April	Mai	Juni ²
Insgesamt	+3,8	+3,5	-4,2	+10,8	-2,7	+3,4
Grundstoffe und Produktionsgüter	+2,1	+1,0	-6,3	+4,7	-4,5	+0,5
Investitionsgüter	+5,1	+6,5	-0,7	+17,4	-0,1	+7,4
Verbrauchsgüter	+1,8	+3,0	-5,4	+9,6	-2,0	+1,9

¹ 1986 in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Ziffer
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd., S. 65)

Auch die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge unterstreicht das Bild einer nur zögernd expandierenden Industriekonjunktur. Der Rückfall von Anfang 1986 konnte wieder aufgefangen werden, die schwache Aufwärtsbewegung hat sich in den letzten Monaten wieder fortgesetzt.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

	1984			1985			1986
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.
	102	99	105	105	107	108	109

¹ Volumen, Index 1980 = 100
 (Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Ifd.)

Man sollte dabei daran denken, daß der Höchststand des ersten Viertels 1980, also vor dem Ausbruch der letzten zyklischen Krise, bei den Aufträgen zur Jahresmitte 1986 erst um etwa 3 Prozent überschritten ist. Die gesamte Produktion liegt zur Jahresmitte 1986 sogar nur um zwei Prozent über dem Höchststand vor der letzten Krise. Im Vorjahresvergleich liegen die industriellen Auftragseingänge ebenfalls über den entsprechenden Vergleichsmomenten. Derzeit muß dabei zudem berücksichtigt werden, daß die industriellen Erzeugerpreise niedriger sind als im Vorjahr, d. h. die realen Abstände sind etwas größer als die in der folgenden Tabelle wiedergegebenen nominalen Werte.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Januar	+1,4	+1,1	+0,1	+6,1
Februar	+3,1	-4,7	+7,0	+4,2
März	-5,2	-10,6	-2,4	-4,5
April	+7,1	+2,9	+9,0	+8,4
Mai	-5,3	-10,6	-3,2	-2,3
Juni ²	+6,4	-2,9	+11,3	+8,3

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, jeweilige Preise
² Vorläufige Zahlen
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Während die Gesamtproduktion des produzierenden Gewerbes noch zögernd zunimmt, bleibt die Lage der einzelnen Industriezweige sehr differenziert.

In der **eisenschaffenden Industrie** ist die Produktion im ersten Halbjahr 1986 um etwa 4 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zurückgefallen. Für das zweite Halbjahr wird ein noch deutlicher Einbruch erwartet, die Rohstahlerzeugung wird nach Schätzungen der Branche 1986 auf 38 Millionen Jahrestonnen (40,5 Millionen 1985) zurückfallen. Trotzdem wird kaum noch von „Stahlkrise“ geredet. Die Branche hat in den letzten Jahren durch massive Entlassungen, durch Reduzierung der Produktionskapazitäten und durch Modernisierung die Kosten derart gesenkt, daß sie nun wieder „schwarze Zahlen“ schreibt, d. h. kräftige Gewinne einstreicht. Jetzt kämpft die Branche darum, die 1,8 Milliarden DM staatlicher Subventionen für „Strukturverbesserungen“ nicht zurückzahlen zu müssen. Darüber hinaus ist die „Modernisierung“ der Stahlwerke mit umfangreichen Investitionszuschüssen (20 Prozent) und anderen nicht rückzahlbaren Subventionen gefördert worden. Allein die Investitionszuschüsse summieren sich auf 1,2 Milliarden. Trotzdem geht der Personalabbau weiter – allein Hoesch will im laufenden Jahr weitere 1500 „Mitarbeiter“ „freisetzen“ und dies auch 1987 fortsetzen.

In der **chemischen Industrie** hat sich der Produktionsanstieg des letzten Jahres nicht weiter fortgesetzt, die Produktion lag im ersten Halbjahr sogar um ein Prozent unter dem Vorjahresstand. Hauptgrund sind Absatzschwierigkeiten im Außenhandel, vor allem mit den Ländern der dritten Welt. Aber auch in den USA beginnt sich der Rückgang des Dollarkurses absatzbeschränkend bemerkbar zu machen. Trotzdem wird sich die außerordentlich günstige Gewinnssituation der Chemiekonzerne auch 1986 nur wenig verändern: Die niedrigen Rohstoffpreise entlasten die Kostenrechnung der Chemieunternehmen und dürften daher einen Teil des Gewinns ausfalls, der mit dem gesunkenen Dollarkurs zusammenhängt, ausgleichen.

Der **Maschinenbau**, der im letzten Jahr zu den expansivsten Industriezweigen gehört hat, bekommt nun die niedrigere Auslandsnachfrage zu spüren. Die Branche verbuchte in den letzten Monaten geringfügig niedrigere Auftragseingänge als in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei gingen die Auslandsaufträge um 10 Prozent zurück, die Inlandsaufträge nahmen um 11 Prozent zu. Der Maschinenbau ist aber eine ausgesprochene Exportbranche, etwa zwei Drittel des Umsatzes gehen ins Ausland. Mit 19,4 Prozent Weltmarktanteil behält der BRD-Maschinenbau im übrigen nach den USA (23 Prozent) und vor Japan (16,6 Prozent) eine international dominierende Position. Die Abschwächung des Dollarkurses und die anhaltend schwache Konjunktur in den meisten Abnehmerländern dürfte aber auch in Zukunft eher für eine nur noch gedämpfte Expansion sprechen.

In der **Automobilindustrie** macht sich vor allem die gestiegene Kaufkraft der privaten Haushalte positiv bemerkbar. Während die Exporte stagnieren bzw. sogar leicht rückläufig sind, steigt die Inlandsnachfrage kräftig an. Im ersten Halbjahr 1986 war die Produktion etwa drei Prozent höher als in der gleichen Vorjahreszeit – nur bei schweren Nutzfahrzeugen zeigen sich keine Anzeichen einer Besserung. Die Branche hofft, das Produktionsvolumen des letzten Jahres (4,45 Millionen Fahrzeuge) nochmals leicht übertreffen zu können. Sowohl die gestiegenen Realeinkommen als auch ein aufgestauter Ersatzbedarf (1985 lag die „Verschrottungsquote“ im Verhältnis zu den Neuzulassungen bei knapp 70 Prozent, während der langjährige Durchschnitt 80 Prozent beträgt) sprechen für ein Anhalten der inländischen Nachfrageexpansion. Dagegen gestalten sich die Absatzaussichten im Export weniger günstig.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	4. Vj. 85	1. Vj. 86	April	Mai ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+3,4	+1,9	+7,8	+2,1
Eisenschaffende Industrie	+0,9	-3,4	+0,2	-9,5
Chemische Industrie	-0,1	-0,3	-0,6	-2,2
Maschinenbau	+7,0	+6,0	+14,6	+6,9
Straßenfahrzeugbau	+1,6	+1,3	+16,9	+6,6
Elektrotechnik	+8,7	+4,9	+8,7	+3,2
EDV-Geräte	+27,9	+15,3	+30,3	+6,4
Textilgewerbe	+4,9	+2,5	+8,1	+1,6
Bekleidungsgewerbe	+1,9	+0,9	+6,7	+1,9
Bauhauptgewerbe	-3,0	+5,1	+5,3	-2,5

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufige Ziffern
 (Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Ifd.)

In der **Elektroindustrie** wird nach einigen Jahren kräftiger Expansion nun von „Normalisierung“ gesprochen, wobei auch hier die nachlassende Bestelltätigkeit aus dem Ausland die Hauptrolle spielt. Immerhin wird für 1986 noch eine Produktionszunahme von etwa 6 Prozent erwartet – bei nur noch wenig zunehmenden Aufträgen hängt das mit den hohen Auftragsbeständen zusammen. Während in den letzten Jahren die Investitionsgüter die tragende Säule des Elektrogewerbes gewesen sind, hat sich das Bild 1986 etwas verschoben. Um 9 Prozent nahm die Produktion von elektrotechnischen Gebrauchsgütern in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres zu, während die Investitionsgüterherstellung nur 3,5 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresstand lag. Beteiligt sind bei den Konsumgütern sowohl Export wie Inlandsabsatz. Ins-

gesamt aber ist in der Elektroindustrie eine deutliche Beruhigung spürbar, das Expansionstempo hat sich stark abgeschwächt.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrie** sehen sich derzeit recht ungewissen Zukunftserwartungen gegenüber. In der Textilindustrie war im ersten Halbjahr immerhin noch ein leichter Zuwachs der Produktion um 2 Prozent zu verzeichnen, die Auftragseingänge aber gingen im gleichen Zeitraum um 3 Prozent zurück. Während sich die Absatzaussichten im Export eher verschlechtern, hoffen die beiden Branchen nun auf verstärkte Inlandsabsätze – wofür die höhere Massenkaukraft sprechen würde. Andererseits aber zeigt die Erfahrung, daß die beiden Branchen von steigenden Einzelhandelsverkäufen nur unterdurchschnittlich profitieren. Insgesamt wird immer noch eine geringfügige Produktionsausweitung für möglich gehalten – was an dem rückläufigen Beschäftigungstrend aber nichts ändern wird.

Die Krise der **Bauwirtschaft** hat ihr akutes Stadium inzwischen überschritten. Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe belebt sich seit Frühjahr 1986 wieder etwas, zur Jahresmitte lag er sogar wieder etwas über dem Vorjahresstand. Das Bauvolumen, das 1985 um 6,3 Prozent gesunken war, nimmt nun tendenziell wieder zu, es lag im ersten Halbjahr 1986 allerdings noch immer um 3 Prozent unter dem Vorjahresstand. Für das gesamte Jahr 1986 wird eine Stagnation des Bauvolumens erwartet.

Allerdings stützen sich die Hoffnungen der Branche nicht auf den Wohnungsbau: Dieser wird im Bauvolumen 1986 um 4 bis 6 Prozent niedriger ausfallen als 1985. Die Zahl der Baugenehmigungen lag im ersten Halbjahr 1986 nochmals um 12 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahresstand. Die Bauleistung von 312000 Wohnungen im Jahre 1985 (das waren 22 Prozent weniger als 1984) wird auch 1986 deutlich unterschritten werden.

Dagegen expandieren die Aufträge im gewerblichen Bau kräftig. Auch im öffentlichen Bau wachsen die Bestellungen derzeit, allerdings sind die weiteren Zukunftserwartungen dort eher pessimistisch. Denn aus einer Zusammenstellung der kommunalen Finanzpläne des Zeitraums 1985 bis 1989 – auf die Kommunen entfallen zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen – ergibt sich ein scharfer Rückgang der kommunalen Baumaßnahmen nach 1987. Immerhin ist zu bemerken, daß erstmals in der Geschichte der BRD die Baukonjunktur und die Industriekonjunktur nicht synchron verlaufen sind: die akute Phase der Baukrise fiel in eine Periode der industriellen Konjunkturbelebung, sie scheint vorbei, bevor die Gesamtkonjunktur in eine neue Rezessionsphase eintritt.

Im **Einzelhandel** hat sich die Kräftigung der Massenkaukraft inzwischen doch sehr deutlich ausgewirkt. Erstmals nach einer sechsjährigen Periode des Rückgangs bzw. der Stagnation des Umsatzvolumens ist eine deutliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen.

Reale Einzelhandelsumsätze¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1.Hj.1986
	+0,3	-1,7	-3,6	+0,9	+0,4	+0,7	+4,3

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
 (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Würde man allerdings die Bereiche Kraftfahrzeuge und Öl ausklammern – hier sind Sonderentwicklungen sichtbar – dann reduziert sich der Umsatzzuwachs auf etwa 2,5 Prozent.

Für das ganze Jahr 1986 wird ebenfalls ein realer Zuwachs zwischen 4 und 5 Prozent erwartet, Ziffern, die die Branche in den letzten zehn Jahren nicht mehr gekannt hat.

Zur Vervollständigung des sehr differenzierten Gesamtbildes muß auf die Verschärfung der Branchenkrisen im Schiffbau und in der Mineralölindustrie verwiesen werden. Diese Sonderentwicklungen unterstreichen das Bild einer immer noch labilen Gesamtkonjunktur: die Belegungstendenzen sind über die gesamte aufwärts gerichtete Phase des Zyklus (also seit 1983) sehr uneinheitlich geblieben, sie haben immer nur Teile der Gesamtwirtschaft erfaßt.

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit in der Gesamtwirtschaft hatte sich 1985 weiter abgeschwächt, bei allerdings großen Differenzierungen zwischen Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Für 1986 wird – trotz der Stockung im Frühjahr – mit einer Investitionsbelebung gerechnet.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1984	1985	1986 ²
Ausrüstungen	-0,5	+9,3	+6,0
Bauten	+1,6	-6,2	-0,5
Anlageinvestitionen insgesamt	+0,8	-0,3	+2,5

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr, zu festen Preisen
² Schätzung des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung
 (Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/86, S. 115)

Während die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin recht kräftig anwachsen, sollen die Bauinvestitionen nicht mehr zurückgehen. Im Mittelpunkt der Investitionsbelebungen im Ausrüstungsbereich (Maschinen, Anlagen, Geschäftsausstattung) steht die Industrie. Hier war die Belegung seit 1985 am deutlichsten gewesen. Obwohl die Investitionspläne der Industrieunternehmen nunmehr niedrigere Zuwachsraten als im Vorjahr aufweisen, soll die Investitionsaktivität auf einem hohen Niveau bleiben.

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe¹

	1984	1985	1986 ²
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-1	+28	+2
Investitionsgütergewerbe	+1	+22	+21
Verbrauchsgütergewerbe	+1	+10	+8
Nahrungsmittelgewerbe	-7	+2	0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	0	+20	+12

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr, in jeweiligen Preisen
² Investitionsplanungen lt. Ifo-Umfrageergebnissen
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst 17/1986)

Real errechnet sich eine Erhöhung der Investitionsausgaben für 1986 um etwa 10 Prozent. Im Mittelpunkt bleibt das Investitionsgütergewerbe selbst – der starke Anstieg im Grundstoffbereich 1985 erklärt sich zu einem erheblichen Teil aus dem Auslaufen von Investitionszuschüssen für die Stahlindustrie, die bis Ende 1985 befristet waren. Die Stahlindustrie hatte 1985 ihr Investitionsbudget um 70 Prozent vergrößert – 1986 sollen die Investitionen wieder um ein Drittel zurückgefahren werden.

Bei den entsprechenden Umfragen des Ifo-Instituts bei den Unternehmen wird als Hauptziel der Investitionen zunehmend auch die Kapazitätserweiterung genannt.

Zielsetzung der Investitionen¹

	1983	1984	1985	1986
Kapazitätserweiterung	25	29	33	37
Rationalisierung	49	47	44	39
Ersatzbeschaffung	26	24	23	24

¹ Anteile in %, 1986 geplant
 (Quelle: Ifo-Schnelldienst 16/1986, S. 9)

Trotzdem bleibt der Rationalisierungszweck das bestimmende Moment: 55 Prozent aller Investitionen dienen u. a. der Einführung neuer Produktionsmethoden. Im Investitionsgütergewerbe lag dieser Anteil in den letzten Jahren sogar zwischen drei Vierteln und zwei Dritteln der Gesamtaufwendungen.

Unabhängig vom jeweils genannten Hauptzweck der Investitionen werden die Produktionskapazitäten des Verarbeitenden Gewerbes (Industrie) 1986 beschleunigt zunehmen. Dies trifft nicht für den Bereich der Grundstoffindustrien zu: Hier schrumpfen die Produktionskapazitäten schon seit Jahren. Gegenüber 1980 dürften sie gegenwärtig annähernd ein Viertel niedriger sein.

Veränderung der Produktionskapazitäten 1)

	1981	1982	1983	1984	1985	1986 ²
Verarbeitendes Gewerbe ²	+1,5	+0,5	+0,5	+1,1	+1,1	+1,7
davon:						
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ²	-2,9	-5,7	-4,6	-4,3	-6,7	-2,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+2,6	+2,1	+1,9	+2,8	+3,9	+3,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+2,1	+1,2	+2,0	+2,6	+2,8	+2,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	+4,6	+4,5	+2,2	+2,5	+1,5	+1,4

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr.
2 Ohne chemische Industrie.
3 Geplant
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 17/1986, S. 11)

Obwohl die Kapazitätsauslastung zwischen März und Juni wieder etwas angestiegen ist, sind in fast allen wichtigen Industriezweigen derzeit ausreichende Kapazitätsreserven vorhanden, mit Ausnahme einiger Sektoren der elektrotechnischen Investitionsgüter.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1980	85,3	83,2	81,4	79,6
1981	79,2	78,8	79,0	78,9
1982	78,0	77,1	74,9	75,5
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,6	84,5	85,2
1986	84,2	84,9		

1 In % der betrieblichen Vollauslastung
2 Verzerrung durch Arbeitskämpfe
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Der Anstieg des Auslastungsgrades in der Industrie beschränkt sich derzeit auf den Bereich der Konsumgüter, während er bei den Vorprodukten stagniert und bei den Investitionsgütern leicht rückläufig ist. Trotzdem sind die Expansionspläne im Konsumbereich eher verhalten, offensichtlich verfügen die Unternehmen dort zu meist über so hohe Produktionsmöglichkeiten, daß auch die derzeit günstige Verbrauchskonjunktur kein Anlaß für expansivere Investitionspläne geworden ist.

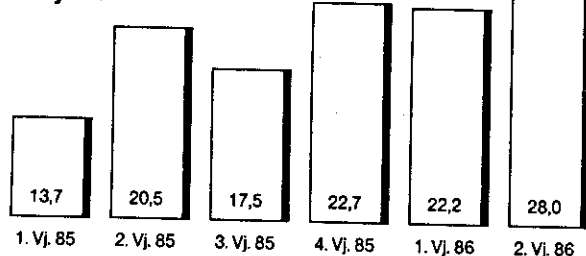
Außenhandel der BRD

	Exporte	Importe	Saldo
	In Mrd. DM	In Mrd. DM	In Mrd. DM
1. Vj. 85	133,8	120,2	+13,7
2. Vj. 85	138,8	118,3	+20,5
3. Vj. 85	130,8	113,2	+17,5
4. Vj. 85	138,5	114,9	+23,6
1. Vj. 86	130,3	108,0	+22,3
2. Vj. 86	135,0	107,0	+28,0

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Außenhandel der BRD

In %
gegenüber
Vorjahr



IMSF

1.5 Außenwirtschaft

Die nominalen Ergebnisse im Außenhandel verschleiern derzeit eher die realen Entwicklungstendenzen. Der Überschuß der Bundesrepublik im Außenhandel erreichte im ersten Halbjahr 1986 einen Wert von gut 50 Milliarden DM, nochmals fast 20 Milliarden DM mehr als im Vorjahr. Der Überschuß in der Leistungsbilanz (neben dem Warenhandel sind hier der Dienstleistungsverkehr und sonstige Übertragungen enthalten) erreichte fast 35 Milliarden, über doppelt soviel wie 1985.

Dieser Anstieg ist aber wesentlich das Ergebnis des Preisverfalls bei Importgütern, vor allem von Rohstoffen. Denn während die Importe nominal um fast zehn Prozent zurückgingen, stiegen sie real um sieben Prozent an. Die Exporte nahmen real nur noch um knapp zwei Prozent zu, stagnieren aber in saisonbereinigter Betrachtung seit Jahresanfang. Besondere Einbrüche erlebte die westdeutsche Ausfuhr in die Entwicklungsländer, insbesondere in die OPEC-Staaten. Während 1983 noch 15,5 aller BRD-Warenexporte in die dritte Welt gingen, waren es in den ersten fünf Monaten von 1986 nur noch 10,7 Prozent. Die Ausfuhren nach Nordamerika, auf die inzwischen etwa 11,5 Prozent des Handelsvolumens entfällt, nahmen nochmals geringfügig zu. Der Umschwung der Devisenkurse, der Kursverfall des Dollars, macht sich hier nur mit einer erheblichen Zeitverzögerung bemerkbar, d. h. die „Dollarspuren“ im Außenhandel werden erst in Zukunft nachweisbar sein.

Wie oben gezeigt, wird in den meisten Prognosen nur noch eine sehr verhaltene Exportentwicklung erwartet. Ob es im zweiten Halbjahr 1986 zu der erhofften leichten Belebung des Auslandsgeschäfts kommen wird – die vorliegenden Prognosen gehen davon aus – muß angesichts der Konjunktorentwicklung in den Nachbarländern und in den USA sehr fraglich erscheinen. Denn bis jetzt ist von der erwarteten „Kräftigung“ der Konjunktur weder in den europäischen Nachbarländern noch in den USA etwas zu bemerken – von daher erscheint ein leichter Exportrückgang wahrscheinlicher. Denn es ist mit einer gewissen Sicherheit damit zu rechnen, daß die US-Exporte sowohl als Folge der Dollar-Abwertung als auch der protektionistischen Maßnahmen der US-Administration zurückgehen werden. Der gewaltige Exportüberschuß der BRD, der 1986 den Wert von 100 Milliarden übersteigen soll, zeigt aber auch an, daß der Korrekturbedarf dieser Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft dringend geworden ist.

2. Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Trotz der deutlichen Steigerung der Löhne und Gehälter geht der Umverteilungsprozeß zugunsten der Gewinne weiter: Auch nach den revidierten Prognosen werden die Nettogewinne 1986 etwa doppelt so rasch ansteigen wie die Nettoarbeitseinkommen.

Gewinne und Löhne¹

	1984	1985	1986 ²	1. HJ.	2. HJ.
Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen	+9,3	+8,5	+11,0	+8,0	
Nettoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen	+9,9	+7,6	+11,5	+8,5	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ³	+3,5	+3,8	+5,0	+5,0	
Nettolohn und -gehaltsumme	+1,7	+2,3	+5,5	+5,5	

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
2 Schätzung bzw. Prognose des Ifo-Instituts
3 Enthält neben den öffentlichen Abgaben auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung
(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/86, S. A 15)

An der Spitze stehen wieder die Banken. Das nur zu schätzende Betriebsergebnis der drei Großbanken, das sich zwischen 1981 und 1985 auf gut acht Milliarden DM nahezu vervierfacht hat, dürfte nach den Angaben der Vorstände auch 1986 weiter expandieren: Die Deutsche Bank erwartet einen Zuwachs um ein Drittel, d. h. um

rund 1,3 Milliarden DM. Darin dürften die Erträge des Flick-Deals mit etwa einer Milliarde zu Buch schlagen. Die Dresdner Bank rechnet mit einem Zuwachs von mehr als einem Viertel, ebenso die Commerzbank. Zusammen dürften allein die drei Großbanken ihre Gewinne um zweieinhalb Milliarden DM steigern und damit 1986 gut zehneinhalb Milliarden DM erwirtschaften. Dies ist fast soviel wie die Bundesetats für Forschung und Technologie sowie für Bildung und Wissenschaft zusammen.

2.2 Geldvermögen und Vermögenseinkommen

Es wurde im Zuge der laufenden Berichterstattung in den INFORMATIONEN mehrfach auf den finanzkapitalistischen Charakter des gegenwärtigen Akkumulationstyps verwiesen, d. h. auf die Bevorzugung von Geldkapitalanlagen gegenüber Sachkapitalanlagen durch die Kapitalisten. Einen gewissen Eindruck davon vermittelt eine Analyse der Geldvermögensbestände und -einkommen der privaten Haushalte, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Grundlage der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes durchgeführt wurde.

Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte

	Nettogeldvermögen in Mrd. DM ¹	In Mrd. DM	Vermögenseinkommen der privaten Haushalte ² Je Haushalt in DM	Selbstständige Arbeitnehmer	Rentner ²
1970	517	20,1	2730	830	890
1975	940	37,1	4880	1500	1480
1980	1354	59,9	8510	2610	2190
1985	2032	87,8	12620	3730	2740

1 Bruttogeldvermögen abzüglich Schulden bzw. Bruttovermögenseinkommen abzüglich Schuldzinsen
2 Nichterwerbspersonen
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 28/86)

Die privaten Haushalte verfügten im Jahre 1985 brutto über Geldvermögen in Höhe von über 2,2 Billionen DM. Gleichzeitig hatten sie Schulden von knapp 190 Milliarden DM, so daß das Nettogeldvermögen auf etwas über zwei Billionen kam. Jeder Haushalt hatte im Durchschnitt also Spareinlagen, Wertpapiere, Lebensversicherungsanteile usw. in Höhe von 79 000 DM, fast viermal soviel wie 1970 (22 000) DM.

Diese Durchschnittsrechnung verschleiert natürlich mehr als sie enthüllt.

Nettogeldvermögen nach Größenklassen am 31. 12. 1983

	Haushalte in 1000	Anteile in Prozent der Haushalte	Anteile in Prozent der Vermögen
Haushalte mit Schulden	1894	8,1	—
Haushalte ohne Vermögen	1240	5,3	—
Haushalte mit Vermögen	20322	86,6	100
davon:			
bis 5000 DM	4946	21,1	1,3
von 5000 DM bis 10000 DM	3432	14,7	4,8
von 10000 DM bis 25000 DM	5844	24,9	17,9
von 25000 DM bis 50000 DM	3524	15,0	23,5
von 50000 DM bis 100000 DM	1781	7,6	22,9
von 100000 DM bis 200000 DM	588	2,6	14,9
Über 200000	207	0,9	13,4

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 5/85, S. 414)

Die Tabelle basiert (ebenso wie die DIW-Analyse) nicht auf steuerlichen oder ähnlichen Erhebungen, sondern auf einer stichprobenartigen repräsentativen Direktbefragung, so daß die Ergebnisse einigermaßen korrekt sein dürften. Trotzdem ist natürlich zu berücksichtigen,

daß die im Rahmen von relativ ausführlichen Interviews befragten Haushalte bei Angaben über Vermögensverhältnisse eher zurückhaltend sein dürften, jedenfalls dann, wenn nennenswerte Beträge vorhanden sind.

Man kann die Haushalte nach ihrer Vermögenshöhe grob einteilen:

– gut ein Drittel aller Haushalte hat Schulden bzw. nur geringfügige Geldvermögen bis 5000 DM

– etwa 40 Prozent der Haushalte hat gewisse Rücklagen von 5000 bis 25 000 DM

– etwa ein Viertel der Haushalte hat größere Geldvermögen (über 25 000 DM)

Auf dieses letzte Viertel der Haushalte entfallen deutlich mehr als drei Viertel der gesamten Nettovermögen, also etwa 1,6 Billionen DM. Da dort die höherverzinslichen Anlageformen dominieren dürften, kann davon ausgegangen werden, daß von den Vermögenseinkünften in Höhe von gut 100 Millionen DM (brutto) dort rund vier Fünftel anfallen.

Gut die Hälfte der gesamten Geldvermögen entfällt auf das Zehntel der Haushalte mit Vermögen über 50 000 DM. Die Verteilung hat sich zwischen 1973 und 1983 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes weiter zugunsten der oberen Vermögensgruppen verschoben. Die Hälfte der Haushalte (mit Vermögen) verfügte 1973 über 13 Prozent des Geldvermögens, 1983 waren es nur noch 11 Prozent.

Ein weiterer interessanter Aspekt ergibt sich bei einem Vergleich der verschiedenen Einkommensarten, obwohl darauf hinzuweisen ist, daß die Berechnungsmethoden unterschiedlich sind.

Vor allem seit 1975 fällt auf, daß die reinen Geldvermögenseinkommen rascher als die anderen Einkommensarten angestiegen sind. So erhöhten sich die „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ zwischen 1975 und 1985 um 68,5 Prozent, die „Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ um 96,7 Prozent, die Geldvermögenseinkommen allein aber stiegen um 140,8 Prozent, also doppelt so rasch wie die Arbeitseinkommen. Vergleicht man die Vermögenseinkommen mit den gesamten „Einkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen“ (das ist nur eingeschränkt möglich, da die Berechnungsmethoden unterschiedlich sind), dann steigt der Anteil der so berechneten Geldvermögenseinkommen von 13,8 Prozent 1970 auf 20,3 Prozent 1975 und 25 Prozent 1985. Natürlich sind die Prozesse hin zu geldkapitalistischen Anlageformen hier nur sehr bruchstückhaft erfaßt. Denn der gesamte Unternehmensbereich bleibt ausgeblendet, lediglich die Dividendenzahlungen der Gesellschaften erscheinen als Bestandteil des Vermögenseinkommens, soweit sie an private Haushalte fließen. Auch das Aktienvermögen wird nur in der Höhe ausgewiesen, in der es – zum Kurswert – bei privaten Haushalten liegt. Tatsächlich lag aber nach einer Untersuchung der Commerzbank im Jahre 1985 nur noch ein Anteil von 17 Prozent des Aktienvermögens bei den inländischen privaten Haushalten. Der größte Teil, nämlich 36 Prozent, wird wiederum von Unternehmen gehalten.

Immerhin neun Prozent liegen bei Banken. Während sieben Prozent von Versicherungen und Pensionskassen gehalten werden, befindet sich ein Viertel in ausländischem Besitz.

2.3 Konzentration

Im Jahre 1985 waren knapp 19 000 Insolvenzen registriert worden, davon betroffen mehr als 13 600 Unternehmen. Dies war eine Rekordziffer, die aber im laufenden Jahr abermals übertroffen werden wird. Gegenwärtig liegen die Insolvenzzahlen weiter deutlich über den vergleichbaren Vorjahreswerten, so daß dieses Jahr schätzungsweise 20 000 Insolvenzen, davon 14 000 Unternehmen, erreicht werden dürften.

Dies widerspiegelt die wachsende Labilität im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen: Der Hinweis der Bundesregierung, daß die Zahl der Unternehmen insgesamt seit Mitte der siebziger

Jahre wieder wächst, daß also mehr Unternehmen neu gegründet als andererseits liquidiert werden, ist – trotz großer statistischer Unsicherheiten – in der Tendenz richtig. Die Neugründungen erfolgen aber weitgehend in traditionell überbesetzten Bereichen des Handels, des Handwerks und der Dienstleistungen, es sind meist völlig unterkapitalisierte 1-Mann-(Frau-)Betriebe. Vielfach machen sich Arbeitslose selbständig, gründen ein „Unternehmen“, um ihre Existenz zu sichern. Diese „Unternehmen“ pflegen dann sehr oft nach kurzer Zeit wieder einzugehen – als Reaktion auf die anhaltenden Krisenerscheinungen bildet sich also ein Milieu von „selbstständigen“ Existenzen, das oft bestimmte Dienstleistungsfunktionen für größere Unternehmen und auch das damit verbundene Risiko übernimmt. Der Zusammenhang zum dominierenden Konzentrationsprozeß besteht dann in erster Linie in der Tatsache, daß wenige beherrschende Konzerne in einem labilen, abhängigen Milieu kleiner und kleinster „Unternehmen“ operieren und daraus zusätzliche Profite beziehen.

Geht man von den Umsatzziffern auf nationaler Basis aus, so hat sich der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft der Bundesrepublik in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt.

Der Anteil der jeweils zehn größten Unternehmen am Umsatz in den einzelnen Branchen der Industrie ist weiter angestiegen.

Umsatzkonzentration in der Industrie¹

1954	1960	1970	1980	1984
31,1	33,5	40,9	43,4	44,2

¹ Anteile der jeweils zehn größten Unternehmen am Branchenumsatz im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe, Werte vor 1980 nicht voll vergleichbar (Quelle: Sechstes Hauptgutachten der Monopolkommission, Bonn 1986, Ziffer 290)

Neue Dimensionen im Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals führen allerdings dazu, daß die üblichen statistischen Kriterien für den Konzentrationsgrad in der Wirtschaft immer weniger tauglich sind.

Als solche Dimensionen sind zu nennen:

- Der Internationalisierungsprozeß des Kapitals
- Die Rolle finanzkapitalistischer Verflechtungen
- Die Zuweisung bestimmter wirtschaftlicher Funktionen (z. B. Softwareproduktion, Marketing, Entwicklungsaufgaben usw.) an wirtschaftlich formell selbständige Unternehmen

Im Zusammenschlußfall Daimler-Benz/AEG wurde deutlich, daß das Instrumentarium der bestehenden Fusionskontrolle, das sich an Marktanteilen von Unternehmen orientiert, hier nicht mehr greift. Auch die Tatsache, daß oft Banken, die mit einem oder beiden fusionierenden Unternehmen verflochten sind, formell für diese Anteile übernehmen, um einem Fusionsverbot durch das Bundeskartellamt auszuweichen, wird durch die bestehenden Gesetze nicht erfaßt. Die Monopolkommission kommt daher zu dem Ergebnis, daß Großfusionen dieses Charakters immer „Wettbewerbsverschlechterungen“ mit sich bringen. Während die öffentliche Diskussion sich damit befaßt, ob die Eingriffsschwellen für Fusionskontrollen (also Eingriffe nicht erst bei einer Beteiligung von 25 Prozent, sondern z. B. schon bei 10 Prozent) gesenkt werden sollen, erachtet die Monopolkommission es für notwendig, in solchen Fällen von dem sehr formalen Kriterium der „Marktbeherrschung“ abzugehen. Die Mehrheit der Kommission schlägt sogar ein „generelles Verbot für Großzusammenschlüsse“ vor (Ziffer 476). Dies dürfte jedoch gegenwärtig kaum eine Realisierungschance besitzen.

Die Schwierigkeiten einer nationalstaatlichen Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen wurden der Öffentlichkeit vor wenigen Wochen erneut durch die Zusammenlegung der Telekommunikationsbereiche des amerikanischen Konzerns ITT und der französischen CGE-Gruppe (letztere bislang ein staatliches Unternehmen, welches aber auf der Privatisierungsliste der französischen Rechtsregierung steht), demonstriert. In Europa entsteht damit ein Telekommunikationsriesen, der 40 Prozent des westeuropäischen und des BRD-Marktes beherrscht und weltweit (Schwerpunkt Europa) derzeit Umsätze von mehr als 20 Milliarden DM verzeichnet. Der Bosch-Vorstand ließ bereits durchblicken, daß er ebenfalls ei-

ne Beteiligung an dem neuen Europakonzern erwägt. Der Vorstand der betroffenen ITT-Tochter SEL in der Bundesrepublik erfuhr nach Pressemeldungen die Pläne der beiden Konzernspitzen erst aus der Tagespresse.

Siemens als wichtigster Konkurrent des neuen Teleriesen bemüht sich derzeit, gemeinsam mit der kleineren französischen CGCT einen westeuropäischen „Gegenpart“ zu bilden. Damit soll das Monopol der CGE, die bislang allein mit der französischen Post kooperiert, gebrochen werden. Wenn diese Fusionspläne reifen, dann würde es in Westeuropa nur noch drei Konzerne geben (zu nennen ist noch der schwedische Konzern Ericsson mit einem europäischen Marktanteil von elf Prozent), die zwei Drittel des entsprechenden Marktes beherrschen. Diese drei Riesen würden rasch die verbleibenden Gesellschaften aufsaugen – Gerüchte nennen britische und italienische Hersteller als potentielle weitere Fusionskandidaten. Im Hintergrund dieser Umstrukturierungen steht der Kampf der Gesellschaften um die europaweite Durchsetzung ihrer jeweiligen Kommunikationssysteme – dies aber ist wieder ein eminent politischer Vorgang, da der „Markt“ auf der Nachfragerseite wesentlich nur aus den nationalen Postverwaltungen besteht. Die Zusammenlegung der europäischen ITT-Aktivitäten unter der scheinbaren Oberhoheit der französischen CGE bei einer etwa 35prozentigen Beteiligung der amerikanischen ITT ist also in Wirklichkeit ein Schachzug des US-Konzerns, um in den von den europäischen nationalen Postverwaltungen beherrschten Telekommunikationsmarkt mit amerikanischen Systemen einzubrechen.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die Kaufkraft der Löhne und Gehälter ist im ersten Halbjahr 1986 erstmals seit 1978 wieder deutlich angestiegen. Dies liegt aber nur zum geringen Teil an günstigeren Tarifabschlüssen. Diese liegen – auf Monatsbasis – nur wenig über denen des Vorjahrs, auf Stundenbasis fallen die Erhöhungen wegen der Verkürzung der tariflichen Arbeitszeiten etwas größer aus.

Tariflohn- und -gehaltssnveau¹

1985				1986	
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
+3,0	+2,9	+2,6	+2,4	+2,8	+3,5

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Im ersten Halbjahr 1986 sind Einkommensverbesserungen für etwa 13 Millionen Arbeiter und Angestellte wirksam geworden. Unter Berücksichtigung älterer Abschlüsse hat der DGB eine durchschnittliche tarifliche Erhöhung der Stunden- bzw. Monatseinkommen um 3,5 Prozent errechnet.

Was die Arbeitszeit betrifft, so konnte die „Schranke“ der 40-Stunden-Woche inzwischen auf breiter Front durchbrochen werden: Für 45 Prozent der Beschäftigten gilt zur Jahresmitte eine tarifliche Wochenarbeitszeit von weniger als 40 Stunden, wobei für die überwiegende Mehrheit (42 Prozent) 38,5 Stunden gelten.

Reallohnentwicklung¹

	1985 1. HJ.	2. HJ.	1986 ¹ 1. HJ.	2. HJ.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+3,4	+4,0	+5,0	+5,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+2,2	+2,5	+5,5	+5,5
Je Beschäftigten	+1,5	+1,0	+4,0	+4,5
Inflationsrate	+2,4	+2,0	+0,3	0,0
Realeinkommen je Beschäftigten	–0,9	–0,4	+3,7	+4,5

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr
² Schätzung des Ifo-Instituts (Wirtschaftskonjunktur 7/86, S. A15)

Der kräftige Anstieg der Reallohne hängt in erster Linie mit der niedrigen Inflationsrate zusammen, eine gewisse Rolle spielen auch die Auswirkungen der ersten Stufe der Steuerreform, die für Familien mit Kindern 1986 gewisse Entlastungen gebracht hat.

Der „Sprung“ nach oben bei den Reallohnen ist ein wesentlich Sonderfaktoren geschuldetes und auf 1986 beschränktes Ereignis, das zudem den Reallohnrückgang zwischen 1980 und 1985 (um etwa sechs Prozent) nicht ausgleicht. Bei Zugrundelegung der sehr optimistischen Prognosen der Institute für 1987 wird es im kommenden Jahr nur noch zu einer geringfügigen Reallohnsteigerung zwischen einem und eineinhalb Prozent kommen. Diese Prognosen erscheinen allerdings gegenwärtig noch kaum begründet.

3.2 Steuern

Es ist kein Zufall, daß das Thema „Steuern“ ein ausgeprochener wirtschaftspolitischer Schwerpunkt der konservativen Wirtschaftskonzepte zu sein scheint – jedenfalls in der Öffentlichkeit stark in den Vordergrund gerückt wird. Kaum ist die erste Stufe einer „Steuerreform“ (1986) wirksam geworden, deren zweite Stufe erst Anfang 1988, also schon in der neuen Legislaturperiode, in Kraft treten soll, da stellt Bundesfinanzminister Stoltenberg schon eine erneute „Steuerreform“ für die nächste Legislaturperiode in Aussicht. Natürlich könnte ihm vorgehalten werden, daß eine derartige „Reformhektik“ nicht gerade für die Solidität seiner Finanzpolitik spricht – wichtig erscheint es der Rechtsregierung aber offensichtlich, sich wenigstens auf diesem Gebiet als Interessenvertretung der Gesamtbevölkerung gegen „den Staat“ zu präsentieren. Dazu eignet sich das Thema „Steuern“ auf den ersten Blick hervorragend – jeder muß Steuern zahlen, und (fast) jeder schimpft auf die wachsende Steuerlast. Werden Steuererleichterungen in Aussicht gestellt, dann findet ein solches Vorhaben zunächst nahezu ungeteilten Beifall – hält sich doch (fast) jeder für einen potentiell Begünstigten. Es wurde schon gezeigt (vgl. INFORMATIONEN ... 4/85), daß es bei der in zwei Stufen, 1986 und 1988, wirksam werdenden Reform ganz überwiegend um eine Entlastung der oberen Einkommensgruppen und der Gewinne geht. Die nun von Stoltenberg in Aussicht gestellte neue Reform zielt ebenfalls auf die oberen Einkommensgruppen, noch stärker aber unmittelbar auf die Unternehmen, die ganz einschneidend entlastet werden sollen. Dafür wird die Erhöhung von Steuern auf den Konsum erwogen, Belastungen, die nun wirklich jeder zahlen muß.

Während die Popularität der konservativen Steuerpolitik an der Tatsache anknüpft, daß inzwischen die Masse der Arbeiter und Angestellten ständig steigende Anteile der Löhne und Gehälter in Form von öffentlichen Abgaben an den Staat abführen muß und so ein latent vorhandener „Antietatismus“ neue Nahrung erhält, läuft die Steuerpolitik der Rechtsregierung tatsächlich darauf hinaus, den Finanzierungsanteil der Massensteuern (Lohn- und Mehrwertsteuern) am Staatshaushalt hinaufzusetzen. Trotz momentaner (1986) Entlastungen steigt die Kurve der Steuerlast bei den Löhnen und Gehältern denn auch weiter munter an.

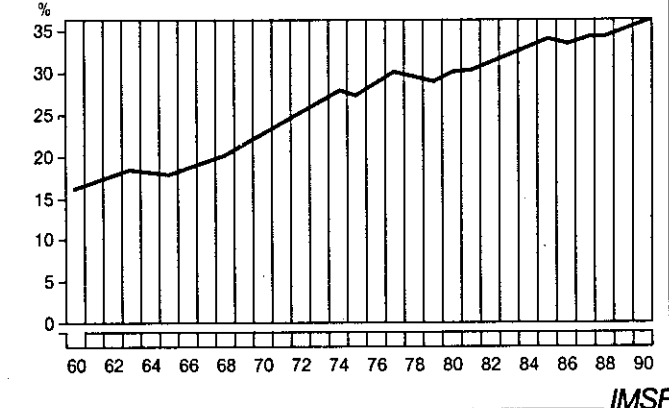
Vergleicht man die Situation 1982 mit der wahrscheinlichen Entwicklung bis 1988 – also eine durch konservative Steuerpolitik geprägte Periode – so erhöht sich die Durchschnittsbelastung der Arbeitseinkommen mit öffentlichen Abgaben in diesen sechs Jahren um 3,4 Prozentpunkte. Das Tempo des Belastungsanstiegs hat sich unter der Ägide der Rechtsregierung – die wohlgerne mit der Parole der Steuerentlastung angetreten war – eher noch etwas erhöht. Dabei erfolgt die rapide Erhöhung der Steuerlast bei relativ niedrigen Inflationsraten und bei bescheidenen nominalen Tarifierhöhungen – beides früher nach Darstellung der Konservativen angeblich die Hauptfaktoren der Lohnsteuerschraube. Es bleibt also festzuhalten, daß es die Rechtskoalition ist, die die Lohnsteuerschraube bislang am kräftigsten angezogen hat. Dies ist im Grunde auch kaum verwunderlich: Denn wer einerseits die Unternehmen massiv von Gewinnsteuern entlasten will und andererseits sowohl die Subventionen für die Wirtschaft und die Rüstungsausgaben anhebt, der muß die für diese Politik erforderlichen Finanzmittel entweder durch Erhöhung der Massensteuern direkt bei der Lohn- und sozialabhängigen Bevölkerung beschaffen oder aber den Kreditweg einschlagen und die zur Zinszahlung notwendigen Gelder dann mit einer gewissen Zeitverzögerung bei ebendieser Steuerzahlergruppe eintreiben.

Durchschnittsbelastung der Löhne und Gehälter mit öffentlichen Abgaben¹

	Lohnsteuer	Sozialbeiträge	Öffentliche Abgaben insgesamt
1970	12,3	10,7	23,0
1975	15,1	12,1	27,2
1980	16,8	13,2	30,0
1985	19,1	14,7	33,7
1986	18,5	14,9	33,4
1987	19,3	15,0	34,3
1988	19,6	15,1	34,6
1990	21,4	15,2	36,6

¹ Öffentliche Abgaben in Prozent der Brutto- und -gehaltssumme
² Lohn-/Kirchensteuer, Sonderabgaben
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 19/1986, S. 16)

Durchschnittsbelastung der Löhne und Gehälter mit öffentlichen Abgaben



3.3 Preise

Die „Inflationsrate“, d. h. die prozentuale Veränderung der Lebenshaltungskosten aller Haushalte gegenüber dem Vorjahr, weist nun schon fast ein halbes Jahr ein negatives Vorzeichen auf. Die Preise sinken – jedenfalls im Durchschnitt.

Lebenshaltung 1986¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
Januar	+0,2	+1,3
Februar	–0,2	+0,7
März	–0,2	+0,1
April	–0,1	–0,2
Mai	0,0	–0,2
Juni	+0,2	–0,2
Juli	–0,5	–0,5

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Der Preisrückgang ist immer noch ganz überwiegend auf die beiden Produkte Benzin und Heizöl zurückzuführen; Heizöl war im Juni 1986 um fast 50 Prozent, Benzin um mehr als 25 Prozent billiger als im gleichen Vorjahresmonat. Ohne diese beiden Güter liegt der Lebenshaltungsindex um 1,5 bis 2 Prozent über dem Vorjahres-

Ausgewählte Preise 1986¹

	Industrie- preise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Import- preise	Großhandels- preise
Januar	0,0	–3,1	–9,0	–1,9
Februar	–0,8	–2,6	–14,3	–5,2
März	–1,4	–3,7	–18,1	–7,1
April	–2,1	–5,0	–18,6	–7,1
Mai	–2,9	–6,0	–19,9	–7,7
Juni	–2,9		–21,0	–7,9
Juli	–3,6			

¹ Anstieg der Preisindizes gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

stand, von besonderen Erfolgen einer „Antiinflationpolitik“ kann also kaum die Rede sein.

Die Rechtskoalition erntet die Früchte der niedrigen Rohstoffpreise und der Abwertung des Dollar seit 1985, der die Importpreise drückt.

Angesichts des rapiden Rückgangs der Importpreise müßte der Preiserückgang auf der Verbraucherebene eigentlich weit größer ausfallen. Umgerechnet aufs Jahr entlastet ein Rückgang der Importpreise um 20 Prozent (wie gegenwärtig) das inländische Preisniveau um absolut etwa 100 Milliarden DM, d. h. die gleiche Warenmenge wie im Vorjahr kann nun für 100 Milliarden Mark billiger importiert werden. Bei einer vollständigen Weitergabe an die Endverbraucher würden diese etwa zehn Prozent weniger für ihre Konsumgüter zu bezahlen haben. Bezogen auf das gesamte Sozialprodukt macht die Ersparnis etwa sechs Prozent aus. Die außenhandelsbedingten Einsparungen bei den Importen werden von den Im-

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	Ohne Energie	HWVA-Index ² Mit Energie
1973	—	90	52
1975	—	100	100
1980	164	157	226
1984	213	125	205
1985	188	112	197
1986			
Januar	165	120	196
Juni	139	114	129
August	123		

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100, erst ab 1978 berechnet

² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100

(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 10. 7. 86)

porturen und den Unternehmen also nur zu einem Bruchteil an die Endverbraucher weitergegeben.

Ein Hauptfaktor der relativen Preisstabilität in den kapitalistischen Industrieländern sind die seit 1980 steil fallenden Rohstoffpreise – und damit eine für die dritte Welt geradezu katastrophale Entwicklung. Die Stabilisierung der Wirtschaftslage der kapitalistischen Welt seit dem Ende der letzten zyklischen Krise von 1980/82 ging einher mit einem beschleunigten wirtschaftlichen Zerfall in großen Teilen der dritten Welt.

In den letzten Monaten hat sich der Verfall der Weltmarktpreise vielfach nochmals beschleunigt. Bei Baumwolle halbierte sich der Dollarpriß zwischen Januar und Juli 1986, selbst die spekulativ hochgetriebenen Kaffeepreise erlitten einen kräftigen Rückfall. Für die Bundesrepublik wurde der Preiserückgang durch die Dollarschwäche noch verstärkt, derzeit sind die DM-Preise auf den Weltmärkten um ein Viertel niedriger als noch im Januar.

In der langen Sicht erscheint der Preisverfall noch dramatischer.

Reale Rohstoffpreise 1950 bis 1986¹

1950	1960	1970	1974	1975	1980	1984	1986 ²
130	95	93	140	100	99	90	68

¹ HWVA-Index für nichtenergetische Rohstoffe, deflationiert mit dem UN-Index für exportierte Industriewaren der Industrieländer, 1975 = 100

² Mitte 1986

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 23/1986, S. 3)

Klammert man die Energierohstoffe aus, so hat sich die Kaufkraft der Rohstoffpreise, gemessen in Industriewaren, seit 1950 nahezu halbiert. Gegenüber dem kurzzeitigen Höhepunkt von 1974 ist der Preisverfall sogar noch dramatischer. Die rohstoffexportierenden Entwicklungsländer (ohne OPEC) müssen derzeit im Schnitt doppelt soviel Rohstoffe exportieren, um die gleiche Menge Industriewaren kaufen zu können wie 1950. Dies ist gleichzeitig auch eine Grundlage des tendenziellen Preisverfalls: Der „Markt“ zwingt sie, immer mehr Rohstoffe zu fördern, um die Importe – heute zunehmend auch noch die Zinszahlungen an die Banken – finanzieren zu

können. Nur kartellähnlichen Zusammenschlüssen wie eben der OPEC war es gelungen, diese für die Rohstoffländer katastrophale Ausbeutungsmechanik zu durchbrechen. Wobei entgegen den Behauptungen konservativer Ökonomen auch die übrigen rohstoffexportierenden Länder von dieser Positionsverstärkung der OPEC eher profitieren konnten: Auch die Preise der nichtenergetischen Rohstoffe verzeichneten Mitte der siebziger Jahre ihren Höhepunkt. Und der Einflußverlust der OPEC-Länder ging einher mit einem rapiden Preisverfall auch der übrigen Rohstoffe.

Der Jahresbericht 1986 des Welthandels – und Entwicklungskonferenz (Unctad) bezieht den Kaufkraftverlust der dritten Welt als Folge allein der Verschlechterung der Austauschverhältnisse im Jahre 1985 gegenüber 1984 auf 50 Milliarden Dollar. Für Auslandsschulden mußte die dritte Welt im gleichen Jahr mehr als 70 Milliarden Dollar allein an Zinsen aufbringen. Gegenüber diesem gewaltigen Ressourcentransfer in die Länder des Kapitals sind die öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen der kapitalistischen Welt (jährlich knapp 30 Milliarden Dollar) tatsächlich nur ein Almosen. Allein eine Stabilisierung der Rohstoffpreise auf dem Niveau von 1984 hätte der dritten Welt 1985 mehr finanzielle Mittel eingebracht als die gesamte westliche Entwicklungshilfe – die zudem ja in beträchtlichem Ausmaß einen umfänglichen Verwaltungsapparat in den kapitalistischen Ländern unterhält und z. T. offen eingestandene „nationale“ politische und wirtschaftliche Ziele verfolgt.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen gegenwärtig noch immer die Rohölpreise. Sie waren bekanntlich zwischen Ende 1985 und März 1986 zunächst von rund 30 Dollar je Barrel (= 159 Liter) auf etwa elf Dollar zurückgefallen. Bis Mai hatten sie sich kurzzeitig wieder bis auf 16 Dollar erholt. Danach sind sie aber wiederum auf elf Dollar im Juli abgesunken. Eine etwas dauerhaftere Stabilisierung auf dem Niveau von 15 bis 16 Dollar scheint sich nun aber seit Anfang August durchzusetzen: Die OPEC-Förderländer hatten sich auf einer Konferenz über deutliche Förderkürzungen einigen können. Diesen Maßnahmen haben sich auch einige Nicht-OPEC-Staaten der dritten Welt angeschlossen. Daher scheint die Preisstabilisierung vom August nun eine etwas dauerhaftere Grundlage zu haben. Die Ölkonzerne haben diese Situation umgehend als Vorwand für Preiserhöhungen vor allem bei Benzin gebraucht, obwohl sie die kräftigen Preissprünge auf den Rohölmärkten zu spekulativen Käufen nutzen konnten und ihre Vorratslager zu Niedrigpreisen gefüllt haben. Da die Verbraucher aber bei Heizöl in der Vergangenheit ebenfalls große Vorratskäufe getätigt hatten, dürften bei diesem Produkt Preiserhöhungen gegenwärtig nur geringe Chancen haben. Es ist daher davon auszugehen, daß die absolute Preisstabilität noch einige Monate anhalten wird. Zum Jahresende hin muß allerdings wieder mit einem deutlich steigenden Preisniveau gerechnet werden.

3.4 Tarifabschlüsse 1986

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit¹

Wirtschaftsbereich	Anteil der Beschäftigten mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von ... Stunden in vH ²						durchschnittliche tarifl. Wochenarbeitszeit in Stunden
	unter 38	38	38,5	39	40	41 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	—	—	—	—	97,7	1,3	40,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	—	2,2	0,3	0,0	97,5	—	40,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	—	19,0	—	—	81,0	—	39,6
Investitionsgütergewerbe ³	—	—	87,5	—	12,5	—	38,7
Verbrauchsgütergewerbe	—	0,8	21,4	—	77,8	—	39,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	—	—	—	—	99,3	0,7	40,0
Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	—	—	—	—	100,0	—	40,0
Handel, Banken und Versicherungen ⁴	—	—	50,5	0,3	49,2	—	39,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung ⁴	0,1	—	7,0	—	92,8	0,0	39,9
Private Dienstleistungen und öffentliche Dienste ⁴	1,1	0,0	5,9	0,1	92,6	0,3	39,9
Gesamte Wirtschaft	0,2	1,31	36,3	0,1	61,8	0,1	39,4

¹ Die Tabelle bezieht sich auf die zum Stichtag 31. 12. 1985 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe) unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen, ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigungsgruppen

² Die Berechnungen erfolgten auf der Basis aller von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften begünstigten Arbeitnehmer – 100, sofern sich die Anteile nicht zu 100 aufaddieren, existiert in den betr. Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Arbeitszeitregelung oder Sonderregelung
³ Einschließlich Gießereien
⁴ Ohne Beamte, Dienstleistungen einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: WSI-Tarifarchiv

Wie die Tabelle zeigt, waren im Gefolge der Arbeitskämpfe 1984 und der sich anschließenden Tarifrunden zu Beginn des Jahres 1986 für fast 40 Prozent aller Beschäftigten eine tarifliche Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden vereinbart. Schwerpunkte bilden die Wirtschaftsbereiche Metall-, Stahl- und Druckindustrie sowie weite Bereiche von Handel, Banken und Versicherungen.

Diese Anteile haben sich durch die Tarifabschlüsse im ersten Halbjahr 1986 weiter erhöht. Dazu zählen die Wochenarbeitszeitverkürzungen in der papier- und pappeverarbeitenden Industrie (100 000 Beschäftigte), im Bereich des Groß-, Einfuhr- und Außenhandels, der Versicherungswirtschaft (200 000 Beschäftigte) sowie für die hessische Steine- und Erdenindustrie. Hier konnte die Gewerkschaft Bau – Steine – Erden erstmals für die Bauwirtschaft die 38,5-Stunden-Woche durchsetzen. Wie das WSI-Tarifarchiv berechnet, liegt damit inzwischen für 45 Prozent der Beschäftigten die Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden, für 42 Prozent bei 38,5 Stunden.

Wichtige Tarifabschlüsse 1986*

Wirtschaftszweig	Tarifierhöhung in vH ¹	Nebenregelungen	Beginn der Laufzeit ²
Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	3,5	Erhöhung der allgemeinen Zulage von 40 auf 67 DM und Erhöhung des Urlaubsgeldes von 300 auf 450 DM für die unteren Lohngruppen	1. 1. 86
Bankgewerbe	4,2	Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 936 DM	1. 3. 86
Baugewerbe	3,0	Laufzeit der ersten Erhöhungsstufe zwölf Monate	1. 4. 86 (24 Monate)
		Vom 1. 4. 1987 an Lohnsteigerung um 3,1 vH für weitere zwölf Monate	
		Laufzeit der ersten Erhöhungsstufe zwölf Monate.	
Papier- und pappeverarbeitende Industrie	3,5	Vom 1. 2. 1987 an Lohnsteigerung um 3 vH für weitere zwölf Monate. Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden	1. 2. 86 (24 Monate)
		vom 1. 11. d. J. an (festgeschrieben bis zum 31. 1. 1989)	
Groß-, Einfuhr- und Außenhandel ³	2,5	Laufzeit der ersten Erhöhungsstufe zwölf Monate.	
		Vom 1. 6. 1987 an Lohnsteigerung um 2,2 vH für weitere zwölf Monate.	1. 6. 86 (24 Monate)
		Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden vom 1. 1. 1987 an	
Metallindustrie	4,4	Tarifloohnerhöhung vom 1. 5. 1986 an Für den Monat April 1986:	1. 4. 86
Druckindustrie	4,5	230 DM Pauschalbetrag	1. 4. 86
Textilindustrie	4,4		1. 5. 86
Chemische Industrie	4,5	Die Unterschiede in der Bezahlung von Arbeitern und Angestellten sollen mittelfristig aufgehoben werden.	1. 7./1. 8. u. 1. 9. 86 ⁴
		Tarifloohnerhöhung vom 1. 6. 1986 an. Für den Monat Mai 1986:	
Bekleidungsindustrie	4,5	Lohnerhöhungspause (Tariflohnsteigerung auf 12 Monate gerechnet: 4,2 vH).	1. 5. 86
Ruhrbergbau	4,05	Erhöhung des Urlaubsgeldes um 12 DM für alle Beschäftigten.	1. 7. 86

* In der Reihenfolge der Abschlüsse

¹ Gegebenenfalls die erste Stufe der vereinbarten prozentualen Anhebungen.

² Laufzeit: 12 Monate, falls nicht anders vermerkt.

³ Für das Tarifgebiet Schleswig-Holstein.

⁴ Regional unterschiedlich.

(Quelle: DIW-Wochenbericht 30/86, v. 24. 7. 1986)

In den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen wurden durchschnittliche Einkommenssteigerungen von 4,3 Prozent vereinbart, von denen im ersten Halbjahr 1986 allerdings nur 3,7 Prozent bereits wirksam werden. Auch wenn dies die stärkste reale Steigerung seit 1977 ist, wird damit der Nachholbedarf aus den Realeinkommensverlusten der letzten Jahre noch lange nicht befriedigt. In vielen Tarifbereichen waren die Auseinandersetzungen konfliktreich. Sie wurden von Warnstreiks begleitet; in manchen Fällen wurde die Schlichtung angerufen. Vor allem gegen die Anhebung der unteren Tarifgruppen leisteten die Unternehmer Widerstand.

Für 1987 kündigt sich eine neue Auseinandersetzung um die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Metall- und in der Druckindustrie an. Sowohl IG Metall wie IG Druck und Papier haben beschlossen, noch in diesem Jahr mit der Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche zu beginnen.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

„Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich weiterhin auf konjunkturellem Besserungskurs ...“, dies behauptet die Bundesregierung bei der Vorlage der Arbeitsmarktdaten der Bundesanstalt für Arbeit für den Monat Juli. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 92/1986, S. 773) Dabei stützt sie sich vor allem auf steigende Beschäftigtenziffern. Neuerdings erhebt und veröffentlicht das Statistische Bundesamt monatlich Erwerbstätigenzahlen, die nun – neben den monatlichen Arbeitslosenziffern – verkündet werden und das düstere Bild aufhellen sollen, das der Arbeitsmarkt nach dreieinhalb Jahren „Aufschwung“ immer noch bietet. Demnach seien im Juni etwa 280 000 Personen mehr beschäftigt gewesen als im gleichen Vorjahresmonat – eine Schätzung, die sicherlich noch mehrfach korrigiert werden wird. Denn es hat hier keine Veränderung der Erhebungstechniken gegeben, die Ziffern werden daher noch größere Schätzfehler erhalten als früher – bislang hatte es immer etwa ein halbes Jahr gedauert, bis vorläufige offizielle Berechnungsergebnisse veröffentlicht wurden.

Immerhin ist festzustellen, daß die Beschäftigtenzahlen seit Anfang 1984 wieder zunehmen.

Die Beschäftigungszunahme wird überwiegend getragen vom Investitionsgütergewerbe der Industrie und von den privaten Dienstleistungen. Im Baugewerbe und im Handel ist die Beschäftigung noch immer leicht rückläufig.

Der Anstieg der Beschäftigung seit dem Tiefpunkt zum Jahreswechsel 83/84 beläuft sich inzwischen auf immerhin rund 400 000 Beschäftigte. Dabei ist aber in Rechnung zu stellen, daß zwischen

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl¹

1984				1985				1986	
1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj. ²
22 032	22 055	22 066	22 127	22 169	22 197	22 269	22 321	22 395	22 440

¹ Abhängig Beschäftigte in 1000

² Vorläufige Schätzung
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 30/1986, S. 387)

1980 und 1985 mehr als 900 000 Arbeitsplätze verlorengegangen waren.

Trotz der bemühten Erklärungen der Bundesregierung zeigen die Arbeitslosenziffern auch dreieinhalb Jahre nach dem Tiefpunkt der vergangenen zyklischen Krise kaum Besserungsanzeichen. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen ging zwar zwischen Januar und Juli 1986 um etwa 70 000 zurück. Davon sind aber 42 000 auf die Neuregelung des § 105 c des Arbeitsförderungsgesetzes zurückzuführen: demnach müssen sich Arbeitslose ab dem 58. Lebensjahr nicht mehr um einen Arbeitsplatz bemühen, um eine Unterstützung zu erhalten. Sie scheiden aus der Statistik aus, obwohl sie formell arbeitslos gemeldet sind und auch Leistungen beziehen können. Diese Zahl ist natürlich auch bei Vorjahresvergleichen zu berücksichtigen.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2590	-29	263	-203	122	+34
Februar	2593	-18	295	-137	137	+36
März	2448	-27	295	-102	158	+44
April	2230	-75	216	-149	157	+46
Mai	2122	-71	153	-75	170	+55
Juni	2078	-82	118	-44	173	+53
Juli	2132	-89	87	-21	181	+62

(1) In 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Ohne die erwähnte Manipulation der Statistik wäre auch noch im Juli der Vorjahresstand nur um 45 000 registrierte Arbeitslose unterschritten. Dieser geringfügige tatsächliche Rückgang ist aber fast ausschließlich das Ergebnis von gezielten beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit:

– Inzwischen sind (Ende Mai) mehr als 105 000 Arbeitslose im Rahmen von befristeten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der BA zeitweilig untergebracht, 13 000 mehr als zur gleichen Vorjahreszeit.

– In Maßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung der BA werden 134 000 Personen gefördert, 25 000 mehr als im Vorjahr.

Damit erweist sich der geringfügige Rückgang der Arbeitslosenziffern allein als Ergebnis intensiver AB-Maßnahmen der Bundesanstalt – was sicherlich im Sinne der Betroffenen ist, aber keinesfalls als Ausdruck eines „konjunkturellen Besserungskurses“ gewertet werden darf. Das DIW kommt daher zu dem Schluß, daß „der Beitrag der konjunkturellen Entwicklung zur Entlastung des Angebotsüberschusses am Arbeitsmarkt noch immer als sehr gering bezeichnet werden (muß)“. (DIW-Wochenbericht, 30/1986, S. 384)

In einer anderen Rechnung weist das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung darauf hin, daß der Anstieg der Beschäftigtenziffern zwischen dem ersten Quartal 1984 und dem zweiten Quartal 1986 um geschätzte 410 000 Personen zu mehr als der Hälfte (220 000 Personen) auf die verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückzuführen sei. Dabei wird der positive Effekt der tariflichen Arbeitszeitverkürzung mit 50 000 allerdings gezielt zu niedrig angesetzt. Selbst wenn man annimmt, daß von der Verkürzung der

durchschnittlichen tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 auf durchschnittlich 39,3 Wochenstunden bis Mitte 1986 nur die Hälfte beschäftigungswirksam geworden ist – und Einzeluntersuchungen zeigen, daß der Beschäftigungseffekt zumeist wesentlich größer ist (vgl. INFORMATIONEN ... 1/86) – dann würden der Arbeitszeitverkürzung bislang etwa 200 000 neue Arbeitsplätze zuzurechnen sein. Um so beunruhigender ist es, daß die „Arbeitsmarktbilanz“ selbst nach den eher optimistischen Schätzungen der konservativen Institute immer noch so ungünstig ausfällt.

Arbeitsmarktbilanz¹

	1982	1983	1984	1985	1986 ²
Erwerbspersonen	28434	28645	28822	28970	29055
Erwerbstätige	25651	25272	25292	25470	25730
darunter:					
Abhängig					
Beschäftigte	22378	21998	22010	22177	22430
Arbeitslose	2783	3373	3530	3500	3325
insgesamt					
darunter:					
Registrierte					
Arbeitslose	1833	2258	2266	2304	2230
Stille Reserve	950	1115	1264	1196	1095

1 In 1000 Personen

2 Schätzung bzw. Prognose

(Quelle: Wirtschaftskonjunktur, 7/1986, S. A13)

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß die meisten Prognosen inzwischen von einer weiteren Zunahme des Erwerbspersonenpotentials (also der Zahl der Arbeitssuchenden) auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ausgehen. Früher war immer behauptet worden, daß etwa ab 1985 eine demographische Entlastung des Arbeitsmarktes stattfände, die Lösung des Arbeitslosigkeitproblems also quasi auf „automatischem“ Wege „natürlicher“ (Rückgang der Zahl der Arbeitssuchenden) zu bewerkstelligen sei. Es ist nun im Gegenteil zu beobachten, daß mit andauernder Krise die Zahl der Erwerbspersonen (Ausländer wie Deutsche) weiter anwächst.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus.
Der Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal' Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 8. 1986. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.